

Thomas Betz, Paul-Lincke-Ufer 4, 10999 Berlin

Tel.: 030-611.5555
Fax & Voice-Mail:
01212-5-102-60-497
t.betz@email.de

Beitrag für die „Zeitschrift für Sozialökonomie“:

Joseph Huber / James Robertson:

Geldschöpfung in öffentlicher Hand

Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter

**Verlag für Sozialökonomie (Gauke GmbH), Kiel 2008
(91 Seiten, ISBN: 978-3-87998-454-1)**

Das im Auftrag und mit Unterstützung der ‚Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft‘ sowie der ‚Stiftung zur Reform der Geld- und Bodenordnung‘ soeben von Klaus Karwat aus dem Englischen in’s Deutsche übersetzte Buch könnte aktueller nicht sein, denn nach noch nicht einmal 80 Jahren wiederholt sich ganz offenbar die Geschichte (was ja gem. Berthold Brecht nur als Farce möglich ist): Die Geldmenge muss jedes Jahr mindestens um den Zinssatz wachsen, weil anders die Bedienung der der Geldschöpfung zugrunde liegenden Kredite gar nicht möglich wäre. Dies ist vergleichsweise wenig problematisch, solange das Bruttosozial- bzw. –inlandsprodukt entsprechend mitwächst, was in (Wieder-)Aufbauphasen möglich und durchaus auch sinnvoll ist, aber nicht ewig währen kann: Aufgrund von Sättigungstendenzen und (letztlich zinsbedingt) immer stärker werdender Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen wird die Nachfrage und damit das Wachstum der Realsphäre immer schwächer. Nicht so jedoch das Wachstum der monetären Sphäre, das sich nunmehr immer weiter von der Realsphäre abkoppelt und systemnotwendig zur Inflation führen muss: Allerdings weniger zur Inflation der Dinge des täglichen Bedarfs – die allein sich in den Warenkörben der Statistiker finden – sondern zur Inflation der Vermögenswerte, also der Aktien, der Immobilien, der Rohstoffe, der Edelmetalle, insbesondere aber auch der immer abstruseren Geldvermögens-Konstruktionen, die auch ihre schiere Existenz allein der Tatsache zu verdanken haben, dass die ebenfalls immer abstruseren Geldmengen irgendwo untergebracht werden müssen.

Aber irgendwann nützt es auch nichts mehr, dass die amerikanische Zentralbank, wie in den letzten Jahren, die Geldmengenentwicklung verheimlicht und – mit fadenscheinigen Begründungen – die Geldmenge nicht mehr offiziell ausweist: Der geringste Zweifel daran, dass es ewig so weitergehen kann, führt nun dazu, dass die Vermögen schlagartig deflationieren und damit (bestehenden wie potentiell zukünftigen) Krediten die Besicherungsgrundlage entziehen. Eine Kettenreaktion kommt in Gang, deren Ende nicht absehbar ist, deren Folgen aber – es ist ja nicht das erste Mal – bekannt sind.

Die beiden Autoren, Joseph Huber, Prof. für Wirtschafts- und Umweltsoziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und James Robertson, ehemaliger Direktor des Forschungsinstitutes der Britischen Banken und Politikberater, wollen nicht, dass es ewig so weitergeht und haben ein Ansinnen, das weit über alles hinausgeht, was gegenwärtig in den Medien diskutiert wird: Sie greifen einen Vorschlag des US-Ökonomen Irving Fisher (ein Hauptvertreter der Neoklassik) auf, den dieser 1935 unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise in seinem letzten Buch „100%-money“ vorgestellt hat (und welches bereits im letzten Jahr ebenfalls im Auftrag und mit Unterstützung der ‚Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft‘ sowie der ‚Stiftung zur Reform der Geld- und Bodenordnung‘ von Klaus Karwat in’s Deutsche übersetzt wurde – siehe Besprechung in diesem Heft) und mit dem sich auch schon Walter Eucken und Milton Friedman beschäftigt haben. Sie entwickeln Fishers Ansatz weiter, haben dabei aber ein ähnliches Problem wie Fisher: *„Das komplizierte Geld- und Finanzsystem ist von einem Nebel umgeben, der das Verständnis von ökonomischen Zusammenhängen erschwert. Manchmal hat man den Eindruck, dass die heutigen Statistiken und Begriffe über Geld speziell dazu erfunden wurden, um die tatsächliche Funktionsweise des Geldsystems zu verschleiern.“*

Der Wesenskern moderner Geldsysteme ist ein Phänomen, das selbst innerhalb der etablierten Ökonomie, v.a. aber in der Öffentlichkeit und bis tief in die Reihen der Geld- und Zinskritiker für Verwirrung sorgt: der moderne Geldschöpfungsprozess der Geschäftsbanken. Diese dürfen zwar in einem formalen Sinne keine gesetzlichen Zahlungsmittel erzeugen, aber bei der Kreditgewährung räumen sie dem Kreditnehmer einen Anspruch auf Zentralbankgeld ein, welcher nur zum geringsten Teil mit Zentralbankgeld selbst unterfüttert sein muss, aber als sog. (Zentralbank-)Geldsurrogat wirkt und auch vollumfänglich überall (auch beim Staat selbst) als Zahlungsmittel akzeptiert wird. Damit ist die Situation gegeben, dass die (M3 genannte) Geldmenge zu 90-95% von der privaten Hand geschaffen wird und nur zum geringsten Teil vom Staat selbst. Die beiden Autoren halten diesen Zustand nicht nur für hochproblematisch, sondern auch für untragbar: *„Heute nehmen Regierungen Schulden in einem Geld auf, dessen Neuschöpfung sie den Banken selbst genehmigt haben und für die sie Zinsen an Banken und Privatpersonen zahlen müssen.“* Ein großer Teil der Staatsverschuldung ist also allein der Tatsache „geschuldet“, dass der Staat das Geld im Wesentlichen nicht selbst „macht“, sondern „machen lässt“ und dafür Zinsen bezahlt. (Ein sog. „Staatsfinanzierer“ ist übrigens die HypoRealEstate bzw. deren Tochter Depfa).

Ein weiteres Problem des gegenwärtigen Systems besteht in der fehlenden Geldmengen- und damit Inflations-(bzw. Deflations-)kontrolle der Zentralbanken, die die Geldmenge allenfalls indirekt über den Leitzins (mit dem sie selbst Zentralbankgeld an die Geschäftsbanken ausleihen) beeinflussen können. Aber die Geschäftsbanken verhalten sich *„als gewinnorientierte Unternehmen natürlich prozyklisch und nicht antizyklisch. In Zeiten des Aufschwungs vergeben sie mehr Kredite, in Zeiten des Abschwungs weniger. Das von den Banken über Kredite geschöpfte Geld ist für die Schwankungen der Geldmenge verantwortlich und trägt so erheblich zur Überhitzung und Unterkühlung der Wirtschaft bei. Der derzeitige Mechanismus*

der Geldschöpfung verstärkt den Boom und verschlimmert die Depression.“ So hat die immer größer gewordene Geldmenge in den USA die Preise der Immobilien (aber auch anderer Vermögensformen) immer weiter in die Höhe getrieben, was wiederum den Wert der Sicherheiten und damit das Kredit- und Geldschöpfungspotential immer weiter erhöht hat. Umgekehrt saugen sich in der gegenwärtigen Situation – so auch in Deutschland – die Geschäftsbanken mit billigem Zentralbankgeld regelrecht voll, vergeben aber kaum noch selbst Kredite, weder an ihresgleichen noch an die Realwirtschaft und allenfalls zu horrenden Zinsen. In einer solchen System-Konstellation kann weder der für die Realwirtschaft maßgebliche Zins nach unten korrigiert noch die Deflation verhindert werden.

Was ist also gemäß der beiden Autoren zu tun? Zunächst: *„Die Geld- und Finanzinstitutionen werden die Gleichen bleiben. Fast alle täglichen Abläufe in den Banken und auf den Finanzmärkten werden so weitergehen, als wäre nichts passiert. Keinerlei Geldbesitz wird angetastet, Banken eingeschlossen. Nichts wird enteignet.“*

Aber: *„Sichtguthaben in der offiziellen Währung werden als gesetzliche Zahlungsmittel definiert und damit dem Bargeld rechtlich gleichgestellt. So werden sie in jeder Hinsicht zu vollwertigen gesetzlichen Zahlungsmitteln, also zu Vollgeld. Der Gesamtbetrag an unbarem Geld auf allen Girokonten wird zusammen mit dem Gesamtbetrag an umlaufendem Bargeld als die Geldgesamtmenge M an gesetzlichen Zahlungsmitteln definiert. Girokonten von Bankkunden werden aus den Bilanzen der Banken ausgegliedert. In der Praxis bedeutet dies, dass Zahlungen auf Vollgeldkonten immer entsprechende Abbuchungen von anderen Vollgeldkonten auslösen oder aber in Bargeld geleistet werden müssen. Nur der Zentralbank wird es möglich sein, Geld in einem Schöpfungsakt auszugeben, ohne es zuvor eingenommen zu haben.“*

Banken werden also zukünftig das Giralgeld ihrer Kunden genauso behandeln wie heute schon deren Wertpapiere in den entsprechenden Depots: Diese befinden sich nur in der Verwaltung, nicht jedoch im Eigentum und auch nicht in der Bilanz der Banken und sind deshalb von einer Bankenpleite auch nicht betroffen. Damit erübrigt sich zukünftig auch die Angst vor einem „Bankrun“, also dem massenhaften Ansturm der Bankkunden und dem Abheben von ihren Konten, denn die Solvenz einer Bank hängt allenfalls von ihrem eigenen Geld ab, nicht jedoch von dem Geld ihrer Kunden, das sie in deren Auftrag verwaltet. Umgekehrt könnte aber auch ein tatsächlicher Bankrun eine Bank gar nicht mehr in den Ruin treiben.

Sind im Vollgeld-System geplante Staatsausgaben höher als die Steuereinnahmen und soll gleichzeitig die Geldmenge ausgeweitet werden (im Rahmen eines realen Wachstumsprozesses), so verschuldet sich der Staat gewissermaßen bei sich selbst bzw. gar nicht, indem er das Vollgeld durch öffentliche Ausgaben in Umlauf bringt. Auf diese Weise könnten also auch hochnachfragewirksame Sozialausgaben finanziert werden, um gleichzeitig eine wirtschaftliche Stagnation zu bekämpfen. Aber auch in der Vollgeld-Welt wird die Zentralbank den Geschäftsbanken wie bisher Geld kreditieren, was aber nunmehr bei Bedarf bzw. politischem Willen zu sehr geringen Zinssätzen – auch nahe oder gleich Null – möglich ist, und zwar ohne dass diese Praxis zu unkontrollierter Geldmengenausweitung und damit zu Inflation führen muss. Denn: *„Die Menge des umlaufenden Geldes wird durch Kreditvergaben nicht mehr verändert.“* Gleichwohl wird es diese Kreditvergaben auch seitens der Geschäftsbanken nach wie vor geben, aber anders als bisher. Denn erst jetzt werden die Banken zu den „Finanzintermediären“, also den Vermittlern von Ersparnis und Investition, für die sie viele – allerdings zu Unrecht – bereits im bestehenden System halten. Denn: *„Geschäftsbanken müssen*

dann alles von ihnen benötigte zusätzliche Geld ausleihen, bevor sie es für Kredite zur Verfügung stellen oder für andere Geschäfte ausgeben können.“

Die Geldmengenentwicklung müsste auch nicht mehr indirekt und „unscharf“ über den Leitzins kontrolliert und korrigiert werden, sondern sie könnte direkt und auf den Cent genau erfolgen (ein Zustand, der Milton Friedman gefallen hätte). Besser noch: Es bedürfte nicht wirklich eines Zinses mehr, um die Entwicklung der Geldmenge im Zaume, um das Geld knapp zu halten. Auch deshalb wäre die Inflationskontrolle sehr viel effektiver, weil der Inflationsdruck sehr viel geringer wäre, denn das Preisniveau und das Geld sind sehr viel stabiler, wenn bei sehr viel niedrigeren Zinssätzen auch die zu kalkulierenden Finanzierungskosten in Gütern und Dienstleistungen sehr viel niedriger wären. Höhen und Tiefen der Konjunkturzyklen könnten besser ausgeglichen werden.

Im gegenwärtigen System schöpfen die Banken mit der Vergabe von Krediten nicht nur Geld, sondern üben eine Investitionskontrolle aus und haben damit eine Schlüsselposition nicht nur bei der Schöpfung, sondern auch bei der Verwendung des Geldes. *„’Dabei bevorzugen sie diejenigen Kreditnehmer, die bereits über viel Geld und/oder andere Sicherheiten verfügen.’ Unser derzeitiges Geldsystem fördert so die wirtschaftlich Starken und Reichen und diskriminiert kleinere Firmen und weniger bemittelte Individuen.“* In einem Vollgeld-System könnte also *„ein größerer Anteil des neu geschöpften Geldes unter Gemeinwohlaspekten ausgegeben werden. Dies bewirkt eine breitere Verteilung von Einkommen, Ersparnissen und Kapitalbesitz.“*

„Eine schuldenfreie Geldmenge, eine niedrigere Staatsverschuldung, ein besser ausgeglichener Staatshaushalt und eine niedrigere Steuerlast würden dazu beitragen, dass Unternehmen und private Haushalte über höhere Einkünfte verfügen und so eine breitere Vermögens- und Kapitalbasis aufbauen können. Dadurch würden sie unabhängiger von Subventionen, Sozialleistungen und Fremdkapital und könnten so besser für sich selbst und andere sorgen.“ Nicht nur aufgrund dieser fast schon Agenda-2010-kompatiblen Zukunftsaussichten, sondern v.a. aufgrund der offensichtlichen Wirkungslosigkeit der ergriffenen „Maßnahmen“ und der offensichtlichen Hilflosigkeit der „handelnden“ Akteure in der aktuellen Situation hat es das Vollgeld verdient, in der breiteren Öffentlichkeit wie in der Wissenschaft eilends wahrgenommen und diskutiert zu werden.